

## **Antrag Verkehrsunternehmen auf Abschlagszahlung auf den Anspruch auf Nachteilsausgleich im Zusammenhang mit der Auferlegung des Tarifs Deutschlandticket 2026**

### Angaben zum Verkehrsunternehmen

Firma:

Geschäftsanschrift:

Ansprechpartner:

Telefon:

E-Mail:

### Angaben zum zuständigen Aufgabenträger

Name:

Dienstanschrift:

Ich beantrage hiermit gegenüber dem vorgenannten Aufgabenträger monatliche Abschlagszahlungen auf den Anspruch auf Nachteilsausgleich im Zusammenhang mit der Auferlegung des Tarifs Deutschlandticket nach Maßgabe Ziffer 7.2 der Richtlinie Deutschlandticket ÖPNV Thüringen 2026.

### Angaben / Erklärungen (Zutreffendes bitte ankreuzen)

#### **1. Angaben**

##### **a) Angaben zur Ausgestaltung des öffentlichen Dienstleistungsauftrags / Verkehrsvertrags**

Aufgrund vertraglicher Vereinbarung liegt das Erlösrisiko ganz oder teilweise

- bei mir als Unternehmen
- allein beim Aufgabenträger (Bruttovertrag)

## b) Angaben zur Einnahmenaufteilung 2025

### aa) Deutschlandticket

Die durch die D-Tix GmbH u. Co. KG übermittelte Abrechnung:

- der fiktiven Einnahmenaufteilung für die Monate Januar bis August 2025 und
- der Einnahmenaufteilung für die Monate September bis Dezember 2025

füge ich bei. Die tabellarische Übersicht kann der beigefügten Anlage zum Antrag entnommen werden.

### bb) Restsortiment

Ich bin selbst meldende Stelle in Bezug auf die bundesweite Clearingstelle (Nr. 6.3 der Richtlinie)

- Ja
- Nein

Falls ja:

Ich habe die Daten für die Monate Januar bis November 2025 für das Restsortiment an die Clearingstelle gemeldet. Die tabellarische Übersicht kann der beigefügten Anlage zum Antrag entnommen werden. Den Ausdruck der Screenshots über den Report Clearingstelle füge ich als Nachweis der erfolgten Meldungen für das Jahr 2025 bei.

### cc) Ich bin nicht selbst meldende Stelle. Meine Daten wurden gemeldet durch

Name der meldenden Stelle:

Die Daten für die Monate Januar bis Dezember 2025 für das Restsortiment wurden durch die meldende Stelle gemeldet. Die tabellarische Übersicht kann der beigefügten Anlage zum Antrag entnommen werden. Die Mitteilung der meldenden Stelle füge ich als Nachweis der erfolgten Meldungen für das Jahr 2025 bei.

### c) Angaben zu Schülerbeförderungsleistungen im Auftrag des Schulverwaltungsamtes

Ich erbringe auch Beförderungsleistungen zur Schülerbeförderung im Auftrag des Schulverwaltungsamtes zu einem eigenen Sondertarif Schüler.

- Ja
- Nein

Falls ja:

Das für mich zuständige Schulverwaltungsamt hat

- die Schülerbeförderung auf den Tarif Deutschlandticket bereits bis 2025 vollständig oder weitgehend umgestellt
- bislang keine Umstellung vorgenommen, aber für 2026 angekündigt
- bislang weder Umstellung noch Ankündigung vorgenommen
- angekündigt, die Schülerbeförderung vollständig oder weitgehend wieder vom Tarif Deutschlandticket auf den Tarif Schülerzeitfahrkarte umzustellen

## 2. Rechtsverbindliche Erklärungen

- Ich bestätige, dass der Tarif Deutschlandticket nebst Allgemeinen Tarifbestimmungen (aktueller Stand nach Maßgabe der Veröffentlichung des Koordinierungsrates unter: <https://www.stmb.bayern.de/vum/handlungsfelder/deutschlandticket/koordinierungsrat/index.php>) im Rechtsverhältnis zwischen mir und dem o.g. Aufgabenträger durch Änderung des öffentlichen Dienstleistungsauftrags oder über eine allgemeine Vorschrift des Aufgabenträgers mit Wirkung ab dem 1. Januar 2026 eingeführt ist und mindestens bis zum 31.12.2026 gilt.
- Ich verpflichte mich, einen fristgemäßen Antrag auf Nachteilsausgleich für das Jahr 2026 beim zuständigen Aufgabenträger zu stellen und diesen bis zum Abschluss des Verfahrens (endgültige Bestandskraft des nach Verwendungsnachweisprüfung ergehenden Abschlussbescheides) nicht zurückzunehmen.
- Ich verpflichte mich, nach Beantragung des Abschlags bekanntwerdende Umstände, die zu einer Überzahlung führen, gegenüber meinem Aufgabenträger unverzüglich nach Bekanntwerden anzuzeigen.
- Ich versichere, dass ich im Fall einer Überzahlung aufgrund der Abschlagszahlung die überzahlten Mittel zurückzahlen werde.

- Ich bestätige, dass die in Anlage 1 Tabellenblatt „Ausgleichsleistungen 2026“ gemachten Angaben zum beantragten Ausgleich nach der Richtlinie Deutschlandticket ÖPNV Thüringen 2025 mit den ggü. meinem Aufgabenträger bereitgestellten Daten für den Antrag zum 30.09.2025 (einschließlich gestellter korrigierter Anträge) nach der Richtlinie Deutschlandticket ÖPNV Thüringen 2025 identisch sind.
- Ich bestätige, dass die Meldungen für die Jahre 2025/2026 an die Clearingstelle gemäß Nr. 6.3 ordnungsgemäß erfolgt bzw. – soweit Änderungen eingetreten sind – korrigiert worden sind, sowie die Bestätigung, dass die Meldungen gemäß des Einnahmearbeitungsvertrags D-Ticket Stufe 2 für das Jahr 2025 ordnungsgemäß (insbesondere unter Angabe der Zast-ID) erfolgt sind bzw. soweit Änderungen eingetreten sind, korrigiert worden sind.
- Ich nehme – bei Bruttoverträgen gemäß Ziffer 1 a) in Abstimmung mit meinem Aufgabenträger – an der bundesweit mit den Branchenverbänden abgestimmten Einnahmearbeitung für das Deutschlandticket nach Ländern (Beschluss des Koordinierungsrates Deutschlandticket vom 20.03.2023 für ein bundesweites Clearingverfahren zur Zusecheidung der Einnahmen aus dem Deutschlandticket auf Basis des „Leipziger Modellsatzes“) nach Maßgabe der Nr. 4.2 dritter Absatz teil und bin dem bundesweiten Einnahmearbeitungsvertrag mit der D-Tix GmbH & Co. KG in der Form des Änderungsvertrages 2026 beigetreten.
- Mir ist bekannt, dass die Förderfähigkeit aufgehoben wird, soweit sie durch in wesentlicher Beziehung unrichtige oder unvollständige Angaben oder durch arglistige Täuschung, Drohung oder Bestechung erwirkt wurde, und in diesem Fall die Abschlagszahlung zuzüglich Zinsen vom Auszahlungstag an zurückzuzahlen ist.
- Ich versichere, dass der Anspruch auf Nachteilsausgleich sowie Ansprüche auf die beantragte bzw. gewährte Abschlagszahlung nicht abgetreten sind und verpflichte mich, diese auch zukünftig nicht an Dritte abzutreten.
- Mir ist bekannt, dass alle Angaben im Antrag sowie in den dazu eingereichten Unterlagen, von denen die Bewilligung und Auszahlung der Leistung abhängig ist, subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches in Verbindung mit § 2 des Subventionsgesetzes vom 29.07.1976 (BGBl. I S. 2037) und § 1 des Thüringer Subventionsgesetzes vom 16.12.1996 (GVBl. S. 319) sind und dass er/sie unterrichtet ist/sind, dass vorsätzlich oder leichtfertig falsche oder unvollständige Angaben zu diesem Antrag die Strafverfolgung wegen Subventionsbetruges (§ 264 des Strafgesetzbuches) und die Rückzahlung der Billigkeitsleistung zur Folge haben können.
- Ich erkläre, dass ich mich verpflichte, dem Thüringer Ministerium für Digitales und Infrastruktur Änderungen oder den nachträglichen Wegfall von Voraussetzungen für die Subventionsgewährung anzuzeigen (§ 1 des Thüringer Subventionsgesetzes vom 16.12.1996, GVBl. S. 319 i. V. m. § 3 des Subventionsgesetzes vom 29.07.1976, BGBl. I S. 2037).

Ort und Datum

Unterschrift und Name in Druckbuchstaben

Hinweis:

Eine Gewährung von Abschlagszahlungen setzt voraus, dass **alle** Fragen zu Ziffer 1 beantwortet wurden sowie zu Ziffer 2 **alle** Kästchen angekreuzt und vorhandene Ausfüllfelder ausgefüllt sind.